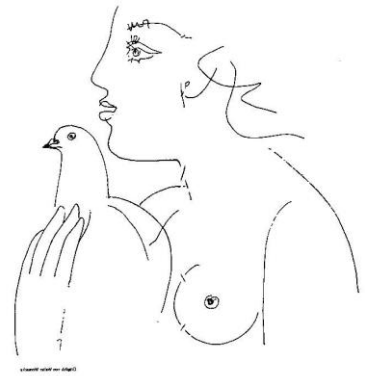


Europäisches Friedensforum-Deutsche Sektion  
c/o GBM e.V. Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

**WORLD PEACE COUNCIL**  
Regional Coordination of Europe  
Portuguese Council for Peace and Cooperation  
[conselhopez@cpc.pt](mailto:conselhopez@cpc.pt)



24. Oktober 2012

Berlin, 24. Oktober 2012

Liebe Freunde,

im Auftrag des Europäischen Friedensforums und im eigenen Namen dankt Euch die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde für die Einladung wünscht eine erfolgreiche Durchführung der Beratung.

Leider können wir an dieser Beratung nicht teilnehmen, obwohl sie gewiss wichtige Themen unseres gemeinsamen Kampfes für Frieden und soziale Sicherheit beraten wird.

Die in Kathmandu von der Generalversammlung des WPC verabschiedete politische Deklaration betrachten wir als eine gute Grundlage für unsere weitere Arbeit. Sie ist Analyse und Aktionsprogramm zugleich.

Über das Netzwerk des Europäischen Friedensforums haben wir die Deklaration an Friedensgruppen und Persönlichkeiten in osteuropäischen Ländern verbreitet.

Wir stimmen darin überein, dass der antiimperialistische Kampf für Frieden und soziale Gerechtigkeit neue Aktivitäten, die Mobilisierung neuer Kräfte erforderlich macht. Mit diesem Ziel bemühen wir uns, an verschiedenen Bündnissen von Friedensgruppen und sozialen Bewegungen und deren Aktionen teilzunehmen. Dabei stellen wir das Recht auf ein friedliches Leben als ein erstes und übergreifendes Menschenrecht und den sozialen Inhalt der Friedensfrage in den Mittelpunkt.

Wir betrachten es als einen wichtigen Inhalt unserer Arbeit friedenspolitische Aufklärungsarbeit zu leisten. Den bürgerlichen Medien, die große Teile der Bevölkerung in ihrer Meinungsbildung beeinflussen, muss entschieden entgegengewirkt werden. Dabei nutzen wir alle uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten.

Die politische Deklaration von Kathmandu hat zu Recht festgestellt: Wir leben in einer Zeit größter Gefahren für den Frieden. Die USA an der Spitze der NATO und die EU wollen mit allen Mitteln ihre Hegemonialpolitik, die ihnen allseitige politische Macht und den Zugriff auf die Rohstoffressourcen der Welt sichern soll, durchsetzen. Neue umfangreiche Rüstungsprogramme, die die Modernisierung der Atomwaffen und neuartiges Kriegsgerät (Drohnen) einschließen, werden systematisch betrieben.

Der Konflikt in Syrien zeigt, dass diese Politik auch mit neuen Mitteln und Methoden durchgesetzt werden soll unter flagranter Missachtung des Völkerrechts.

Die Krisen des neoliberalen, kapitalistischen Systems potenzieren die Widersprüche und führen zum Abbau sozialer Errungenschaften und zunehmenden sozialen Belastungen für die Menschen. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander.

All diese Entwicklungen werden von einer Welle konservativer, teilweise nationalistischer Politik in der Gesellschaft und mit Verfälschungen der Geschichte begleitet.

Das sind die Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen und die es in gemeinsamen, solidarischen Kampf zu bewältigen gilt.

Wir sind überzeugt, dass die Beratung in Brüssel dafür neue Impulse geben wird und bitten Euch uns über die Ergebnisse der Beratung zu informieren.

Mit solidarischen Grüßen

Karl-Heinz Wendt  
Bundesvorsitzender der Gesellschaft zum  
Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.